Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

40 (24.1.1918) Abendblatt

Visual Library

Nr. 40 — Karlsruhe, Donnerstag, den 24. Januar 1918 — 56. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.25; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.10) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 4.70 ohne Bestellgeld; für Oesterreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postanstalten; übriges Ausland Mk. 12.—

Fernsprecher Nr. 535

Badischer Beobachter

Abendblatt

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. halb 8 Uhr bzw. nachm. halb 3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben. Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Die Wiener Ereignisse.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die lange Kriegsdauer hat die Nerven von uns allen erschüttert. Es ist nur eine natürliche Reaktion, wenn die Stimmungen heute in ganz anderen Bahnen sich bewegen, als es in den ersten Kriegsmonaten der Fall war. Das trifft für alle Beziehungen zu und zwar nicht nur in unserem eigenen Lande und Volke, sondern auch im Verhältnisse zu unseren Verbündeten. So haben wir denn in den letzten Tagen in Oesterreich-Ungarn eine recht ernste Bewegung aufflammen sehen, die uns vor eine kritische Lage gebracht hat.

Die Dinge kamen so: In der Wiener Neustadt war aus einer an sich kleinlichen Ursache ein Teilstreik entstanden, der sich dann aber mit Blitzesschnelle nicht allein auf alle Fabriken in Wien und Umgebung, sondern auch auf die Industriebezirke ganz Nieder-Oesterreichs und Steiermarks ausbreitete. Alsbald schlossen sich die Gewerbetreibenden ganz Wiens der Bewegung an. Alle Läden waren geschlossen und drei volle Tage hindurch erschien in dieser mit Zeitungen so überreich gesegneten Stadt keine einzige Zeitung. Nun verlaufen ja Wiener Streiks immer wesentlich anders, als anderswo. Man braucht sich ja nur daran zu erinnern, mit welcher Energie und mit welchem Erfolge die österreichischen Arbeiter das allgemeine Wahlrecht, ohne auch nur die geringste Störung der Ordnung durchsetzten. So war es auch diesmal. Es kam trotz der von vielen Tausenden besuchten Veranstaltungen nirgends zu Ausschreitungen, Demolierungen usw. Der aufgebotene große Sicherheitsdienst hatte nirgendwo Anlaß zum Einschreiten. Die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft verhandelten mit dem Ministerium über die sie bewegenden Wünsche, und das Ergebnis war der Art, daß auf Grund der zustande gekommenen Einigung die Arbeit allenthalben wieder aufgenommen wurde.

Es wird für uns allerdings einigermaßen unbegreiflich sein, daß in einem Weltkriege, und dazu noch in einem politisch so überaus gespannten Augenblick ein Massenstreik von einer solch außerordentlichen Ausdehnung sich entwickeln konnte. Nun kennen wir ja alle die außerordentlich schwierige Lage, in welcher sich Oesterreich-Ungarn befindet. Die Doppelmonarchie ist kein einheitlich geschlossener Nationalstaat, wie das Deutsche Reich, sondern im Grunde ein Bund von Nationalitäten, die zuweilen ihr höchstes politisches Ziel darin erblicken, die Interessen der einen Nationalität gegen die der anderen auszuspielen. Diese Hemmungen haben sich im Laufe der Zeit nicht etwa vermindert, sondern womöglich noch verstärkt. Das Verhältnis der Oesterreicher zu den Ungarn ist gerade in jüngster Zeit infolge der Ernährungs- aber auch der Armee-Frage gespannter geworden. Die Tschechen und die Südslaven stehen gegenüber dem Gesamtstaat Oesterreich in einem offenen Widerspruch. Die deutschen Parteien Oesterreichs weisen leider nicht die Geschlossenheit und Energie auf, die notwendig wäre, um der Brandung sich entgegenzuwerfen. Das hinwiederum ist begründet in der viel weicheren Charakteranlage des Oesterreichers. Nun aber kommt hinzu, daß, gerade wegen der vielfältigen Nationalitäten und ihrer widerstreitenden Interessen ein günstiger Boden für internationale Einflüsse vorhanden ist. Während diese in Oesterreich mehr in den breiten unteren Schichten sich ausdehnen können, sind sie in Ungarn in höheren und recht einflußreichen Kreisen vertreten. Bei Ungarn spielen dann auch noch innerpolitische Dinge, so namentlich die Wahlrechtsfrage mit.

Man kann freilich nicht verhehlen, daß ein gewisses Maß der Schuld an den jüngsten Ereignissen gerade auch in den Kreisen Oesterreichs zu suchen ist, welche die Verantwortung für die Leitung der Geschicke des Landes mit an hervorragender Stelle zu tragen haben. Die jetzige Agitation für einen Massenstreik und dessen Ausbruch wären verhindert und die Ausbreitung der Bewegung wesentlich begrenzt worden, wenn die österreichische Zensur den Aufruf der Sozialisten, welcher mit einer unverblümten Aufforderung zur Revolution schloß, zur Veröffentlichung verhindert hätte. Bei den ganz anders gearteten Zensurverhältnissen in Oesterreich mußten die Massen ja förmlich des Glaubens werden, daß auch hohe Stellen ein solches Druckmittel zur Erreichung bestimmter politischer Ziele für nützlich hielten. Und hier befinden wir uns auch an dem Haupt- und Kernpunkte der jetzigen Bewegung! Wohl war der Ausstand mit dem Lebensmittelmangel und mit der vom österreichischen Ernährungsminister gerade in diesem gewählten Augenblick veranlaßten Herabsetzung der Mehlquote begründet worden, aber es wurde niemals ein Hehl daraus gemacht, daß die eigentlichen Beweggründe und Ziele rein politische waren. Namentlich sind es zwei Gesichtspunkte, die augenblicklich in Oesterreich-Ungarn eine sehr gewichtige Rolle spielen; zunächst ist man dort der Meinung, daß der Krieg nur noch um deutscher annexionistischer Ziele willen weitergeführt werden soll. Zum zweiten ist man geneigt, die Verzögerung der Verhandlungen in Brest-Litowsk auf deutsche Forderungen zurückzuführen, und namentlich hält man die Rede des Generals Hoffmann für friedenshindernd. Es ist ja ein allgemeiner Charakterzug des Oesterreichers, Deutschland die Schuld aufzubürden, wenn etwas schief geht. Nun ist es ja gewiß, daß die Dinge in Oesterreich nicht so weit gekommen wären, wenn man nicht dort seit vielen Monaten schon dem Volke die nahe Friedensmöglichkeit in immer neuer Gestalt vor Augen geführt hätte. Durch ein solches Verfahren mußte naturgemäß der seelische Widerstand beeinträchtigt werden. Bei uns, die wir die Dinge nüchterner betrachteten, werden darum solche Störungen des seelischen Gleichgewichts weniger zu befürchten sein. Man kann nur wünschen, daß aus den Ereignissen bei allen verantwortlichen Stellen in Wien, mögen sie nun oben oder unten sein, die notwendigeren Folgerungen gezogen werden.

Eine solche Ventilöffnung, wie sie jetzt bei unserem Verbündeten stattgefunden hat, ist zwar der allgemeinen Atmosphäre nicht gerade sonderlich zuträglich, aber sie braucht deswegen doch auch noch nicht allzu tragisch genommen werden, soferne Vorsorge getroffen ist, daß sie nicht zu einer Gefahr für die militärischen und politischen Interessen werde. Wir haben auch das Zutrauen zur besseren Einsicht unserer Verbündeten, daß sie sich keinen Augenblick darüber im Zweifel sein können, daß Einigkeit und Geschlossenheit in diesen wichtigen Tagen, in denen wir gegenwärtig leben, das oberste Leitmotiv für alles das sein muß, was hüben und drüben gesprochen wird. Wir hoffen auch, daß unsere Verbündeten sich frei machen von der Idee, daß Deutschland schuld an der Fortsetzung des Krieges infolge annexionistischer Forderungen sei. Wenn wir eine bessere Grenzsicherung im Osten anstreben, so geschieht das nicht zuletzt auch im Interesse Oesterreich-Ungarns selbst. Dieses steht ja überdies noch gegen zwei Feinde, gegen Rumänien und Italien, sodaß es also mit der Regelung der Dinge im Osten immerhin noch nicht die Bewegungsfreiheit nach anderen Seiten erhielte. Unsere militärische Gesamtlage ist ja auch in der Tat so günstig, daß sie uns zu größter Zuversicht berechtigt. -ss.-

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 24. Januar. (W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Rege Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. An der Bahn Boesinghe—Staden wurden sechs Maschinengewehre erbeutet.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich vom Doiransee scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Bulgarischer Kriegsbericht.

Sofia, 22. Jan. (W.T.B.) Heeresbericht. Mazedonische Front: Erkundungsgefechte.

Der Krieg zur See.

18 000 Tonnen.

Berlin, 23. Jan. (W.T.B. Amtlich.) Neue U-Bootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 B.-R.-T.

Die Mehrzahl der Schiffe, die tief beladen waren, wurde im Aermelkanal trotz starker feindlicher Abwehrmaßregeln jeder Art versenkt. Eines der vernichteten Schiffe, das im östlichen Aermelkanal aus einem durch zahlreiche Seestreitkräfte geschützten Geleitzug herausgeschossen wurde, war allem Anschein nach ein Transportdampfer mit Kriegsmaterial.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Angesichts der wieder zunehmenden Versenkungen konzentriert sich die Besprechung der Frachtraumfrage in der englischen Presse mehr und mehr auf die Frage der Neubauten. Daily Telegraph stellte vor einiger Zeit fest, daß wahrscheinlich trotz aller Prophezeiungen nur 1 Million Tonnen Frachtraum im Jahre 1917 fertig gestellt worden sei. Selbst wenn man diese Ziffer auf 1½ Millionen Tonnen erhöht, entspricht sie nicht annähernd den englischen Erwartungen. Journal of Commerce vom 22. Dezember muß zugestehen, daß erst die Oktober- und Novemberleistung im Handelsschiffsbau die monatliche Durchschnittshöhe von 1913 erreicht habe, sodaß man erst von nun an mit einem Jahreszuwachs von 2 Millionen Tonnen rechnen könne. Auch die Enttäuschung über das Mißlingen des amerikanischen Schiffsbauprogramms kommt in der englischen Presse lebhaft zum Ausdruck. Das Geständnis des Premierministers Lloyd George, daß er sich bezüglich der Ueberweisung amerikanischen Frachtraums an England geirrt habe und daß infolgedessen seine Berechnungen eine Aenderung erfahren hätten, wird peinlich empfunden.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Der „Emden"-Kommandant von Müller.

Haag, 23. Jan. (W.T.B.) Der hier internierte frühere „Emden"-Kommandant Fregattenkapitän von Müller ist fortgesetzt Gegenstand liebenswürdigen Interesses der holländischen Bevölkerung. In einem Gespräch mit dem Korrespondenten des W.T.B. lehnte er es zwar ab, über die Unternehmungen der „Emden" etwas zu berichten mit der Begründung, er sei dabei, einen ausführlichen dienstlichen Bericht über seine ganze Fahrt anzufertigen, doch wolle er eins bei dieser Gelegenheit feststellen: Das Gefecht mit dem englischen Kreuzer „Sidney" habe nicht solange gedauert, als offenbar vielfach angenommen werde. Dafür sei die artilleristische Ueberlegenheit des außerdem durch Seitenpanzer geschützten Engländers doch zu groß gewesen. Außerdem habe sich das Fehlen der Landungsabteilung von etwa insgesamt 45 Mann mit Offizieren besonders bei dem Munitionstransport außerordentlich nachteilig bemerkbar gemacht. Es sei eine schwere Entschließung für ihn gewesen, sein zum Wrack geschossenes Schiff aufzugeben. Aber es sei nichts anderes übrig geblieben, nachdem sämtliche Geschütze ihm als unbrauchbar gemeldet und auch die Verwendung der Torpedowaffe unmöglich geworden war. — Ueber seine Behandlung als Gefangener durch die Engländer hatte Kapitän von Müller in mancher Hinsicht zu klagen. Er ist überhaupt der Ansicht, daß allgemein die Behandlung unserer Gefangenen durch die Engländer durchaus nicht so ritterlich ist, wie offenbar vielfach in Deutschland angenommen werde. Einen Fluchtversuch habe er trotz Kenntnis seiner bevorstehenden Ueberführung und Internierung unternommen, weil es sein brennender Wunsch gewesen sei, in sein Vaterland zurückzukehren und ihm von neuem mit der Waffe zu dienen. Die Aussichten für ein Gelingen der Flucht seien ihm und seinen Kameraden durchaus nicht so gering erschienen. Fregattenkapitän von Müller war in bester Stimmung über die glänzende militärische Stellung der Zentralmächte. Er hat niemals an einem Siege Deutschlands gezweifelt. Besonders kennzeichnend für die militärische Lage sei es, daß England jetzt seine Haupthoffnung zur Vermeidung einer Niederlage der Alliierten auf innerpolitische Schwierigkeiten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn setze.

Französisch-Mittel- und Westafrika.

Bern, 23. Jan. (W.T.B.) Nach Pariser Blättermeldungen beriet der gestrige Ministerrat über die kommende Rekrutierung in Französisch-Mittel- und Westafrika. Er beschloß, die beiden Kolonien einer gemeinsamen Verwaltung zu unterstellen. Der bisherige Generalgouverneur Mittelafrikas, Vollenhoven, wurde auf eigenes Ansuchen seines Amtes enthoben und wird durch den bisherigen Gouverneur von Madagaskar, Merlin, ersetzt.

Reden auf einem englischen Arbeiter-Kongreß.

London, 23. Jan. (W.T.B.) Renaudel (französischer Sozialist) sagte in einer Rede auf dem Arbeiterkongreß in Nottingham, bis jetzt sei es nicht gelungen, von den deutschen Unterhändlern eine Zusage zu Gunsten der Grundsätze, die durch die russische Delegation formuliert worden seien, zu bekommen. Deutschland muß sich in wirtschaftlichen Fragen dem Urteil der Welt unterwerfen, besonders in der elsaß-lothringischen Frage, die nicht eine territoriale Frage, sondern eine Frage der Wiedererlangung des allgemeinen Rechts sei. Er fügte hinzu, daß die Desannexion der Abstimmung dieser beiden Provinzen vorangehen müsse. Ramsay Madonald erklärte, daß ein Friede, der nicht die Unabhängigkeit Belgiens sichere, ein falscher Friede sei und weitere Kriege unvermeidlich zur Folge haben werde.

*

Berlin, 24. Jan. Zum Ableben des Feldmarschalleutnants von Höfer sagt die Kreuzzeitung: Wie Generalquartiermeister von Stein, so hat er auch stets in knappen und klaren Sätzen ein Bild von der Kampflage an den österreichisch-ungarischen Fronten zu geben verstanden.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

BZK. Karlsruhe, 24. Januar.

Am Regierungstisch: Kultusminister Dr. Hübsch und Kommissare.

Präsident Dr. Zehnter eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Min.

Die Beratung

des Voranschlags für Kultus und Unterricht

wird fortgesetzt.

Abg. **Rebmann** (natl.): Die Frage der Kriegszulagen für die Geistlichen beider Konfessionen werden wir in Konsequenz unserer Stellung zur Staatsdotation und in Anbetracht dessen, daß die Geistlichkeit aller Konfessionen in diesem Kriege Hervorragendes getan hat, um uns das Durchhalten zu ermöglichen, wohlwollend erledigen. Das Verhalten des Pforzheimer Lehrers, der die Aufgabe stellte, 2 Briefe an den Abg. Wittum zu schreiben, einen für, einen gegen die Angliederung der Ostseeprovinzen, das ist lebendiger Unterricht. Ich hätte auch so gehandelt. Warum hat nichts gegen Reichsgründungsfeiern. Wenn seine Partei einmal eine solche Feier abhält, stelle ich meinen Schülerchor. Spang hat noch Holz zur Röstung der Vaterlandspartei beigetragen wegen des Professors Hoche. Spang ist nicht berufen, über den guten Ton zu richten. Man soll die vaterländische Gesinnung der anderen nicht bemängeln. Keine Partei ist heute geschlossen. Die Vaterlandspartei will heute kein anderes Kriegsziel als der aus dem Zentrum hervorgegangene Reichskanzler Hertling. (Abg. Kopf: Warum hat man sie dann gegründet?) Man soll einmal die Vaterlandspartei aus der Erörterung lassen. Die staatsbürgerlichen Rechte des Hochschullehrers dürfen nicht angetastet werden. Ich bin in weitem Grade mit Weiß einverstanden hinsichtlich der Leistungen der Volksschule. Eine Beschränkung des Stoffes wird aber nicht möglich sein. Es bleibt dabei nichts anderes übrig, als die Erweiterung der Unterrichtszeit und die Einführung der Ganztagsschule. Ich hoffe in dem Kampfe um diese Erweiterung auch Weiß auf meiner Seite zu haben. In Preußen wird mehr in der Schule gelernt. Zur Mädchenbildung einige Gedanken! Der Krieg hat uns mit brutaler Gewalt die Erkenntnis der Notwendigkeit hauswirtschaftlicher Ausbildung unserer Frauen und Mädchen gelehrt. Der Mangel hierin ist zum Teil die Schuld unserer Ernährungsschwierigkeiten, da unerfahrene Hausfrauen große Verschwendung treiben. Etwa 2 Millionen Frauen mehr werden nach dem Krieg keine Versorgung in der Ehe finden können. Diesen muß die Möglichkeit geboten werden, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Gerade in besseren Kreisen wird das notwendig sein infolge der großen Offiziersverluste. Darauf muß auch die höhere Mädchenschule Rücksicht nehmen und zwar muß sie wie die Knabenanstalten für einen bestimmten Lebensberuf vorbereiten. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **Bitter** (natl.) anerkennt die Arbeit der Lehrerschaft. Was die Seelsorger getan haben, ist schon anerkannt worden. Der Seelsorger ist heute mehr als je der Berater des Volkes. Bei Beginn des Krieges sind Millionen in die Kirchen geströmt, um sich dort zu erholen und Trost zu finden. Die Daheimgebliebenen können sich ein Beispiel nehmen an den Feldgrauen draußen. Bei denen in der vordersten Linie kann ich nach eigener Erfahrung feststellen, daß eine Neigung zur Frömmigkeit vorhanden ist. Die Schrecken des Krieges und die Tätigkeit der Feldgeistlichen hat auf manchen erziehend gewirkt, der vorher weniger religiös war. Die Feldgottesdienste mußten nicht befohlen werden; im Gegenteil konnte dem Bedürfnis nicht immer entsprochen werden. Die Leute sind von einem großen Gottvertrauen erfüllt und so nur konnten sie ausharren bis zum Tode. Zum Kapitel Jugendpflege möchte er auf die Notwendigkeit körperlicher Ausbildung hinweisen, wie sie in der deutschen Turnerschaft gepflegt wird, die zu wenig beachtet werde. Jugendwehr und Turnerschaft arbeiten Hand in Hand. Es muß eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit die gesamte schulentlassene Jugend von der Jugendpflege erfaßt wird. In der Jugendpflege kann nicht genug geschehen. In der Zusammenarbeit von Staat, Schule, Kirche, Familie muß alles geschehen, um ein tüchtiges, kräftiges Geschlecht heranzuziehen.

Abg. **Venedey** (F. V.): Eine harmonische Ausbildung der Jugend ist notwendig; warnen möchte er aber vor einer Soldatenspielerei. Bei der Jugendwehr habe er in dieser Hinsicht Bedenken gehabt. Wir werden nach dem Kriege anderes zu tun haben, als Kriegsvorstellungen zu wecken. Im Interesse der Minderbemittelten und des Mittelstandes muß die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel an den Mittelschulen eingeführt werden. Wenn ein Vater zugleich 3—4 Knaben an eine Mittelschule zu schicken hat, so bedeutet dies für ihn allein eine Ausgabe von 4—600 Mk. für Schulgeld und Lehrmittel. Minderbemittelte können sich eher vom Schulgeld befreien lassen. Er müsse sich gegen die Anschauung des Abg. Weiß wenden, daß eine eigentliche Geistesbildung nur das Gymnasium vermittle. Er möchte einer einseitigen Ueberschätzung des Gymnasiums nicht das Wort reden. Die Oberrealschule könne mit guten Uebersetzungen dasselbe leisten. Gegenüber Weiß müsse er feststellen, daß er nicht gesagt habe, daß das Christentum versagt habe; er habe nur gemeint, daß es den Konfessionen nicht gelungen sei, den Gedanken der Liebe und Brüderlichkeit zum Durchbruch zu bringen. Die Aufklärung im Pforzheimer Fall kommt etwas spät, nachdem die Sache schon am 21. Dezember in der Pforzheimer Freien Presse stand. Es ist ein verkehrtes Experiment, wenn die jungen Leute in der Schule wie Schmock zuerst rechts und dann links schreiben lernen sollen. Wir wollen keine Politik in der Schule. Ich habe den Eindruck, daß die Vaterlandspartei doch sehr gefährlich mit dem Feuer spielt, insbesondere wenn man auf die Dinge in Oesterreich hinweist. Die Kinder sollen mit Parteiveranstaltungen nichts zu tun haben. Ich würde es ebenso verurteilen, wenn Rebmann, wie er scherzhaft bemerkte, zu einer Reichsgründungsfeier der Sozialdemokratie seinen Schülerchor zur Verfügung stellen würde. Mit solchen Scherzen ist die Sache nicht gemacht.

Abg. **Müller-Eppingen** (N. V.): Es genüge nicht, daß man den Kindern die Schulordnung vorlese, sondern die Schüler sollten sie auswendig lernen. Das könnte auch für das spätere Leben nichts schaden. Später kann man vielleicht auch der Ganztagsschule auf dem Lande nähertreten. Die gemischte Schule muß auch in der Zukunft beibehalten werden im Interesse der Verträglichkeit unter den Konfessionen. Die Religion muß in der Schule erhalten werden. Das Weltliche und Göttliche muß nebeneinanderstehen im Leben. Der Mensch lebt nicht allein vom Brote. Die Fortbildungsschule kann man mit der Schulzeit überhaupt nicht vergleichen. In der Fortbildungsschule sollten die Schüler auch im Eisenbahnfahrplan Unterweisung erhalten. Auf dem Lande sollte an Stelle der Fortbildungsschule für die Mädchen eine Haushaltungsschule treten.

Abg. **Kopf** (Zentr.): Die Ausführungen Rebmanns veranlassen mich zu einigen Bemerkungen. Was den Pforzheimer Fall betrifft, so ist er verhältnismäßig harmlos; aber er war doch nicht in der Ordnung. Unter allen Umständen halte ich es für bedenklich, wenn in der Zeit eines solchen Kampfes ein Thema gestellt wird, das sich mit diesem Kampfe beschäftigt. Es gibt hier Gefahr für Mißverständnisse. Das muß mißbilligt werden. Auch die zwei Briefe entgegengesetzter Meinung entschuldigen nicht. Was den Karlsruher Fall betrifft, so sagte Rebmann, es handle sich um eine Reichsgründungsfeier. Auch da ist der Schülerchor nicht zu billigen. Wohl bei einer allgemeinen Feier, aber nicht bei einer Feier, die von einer Partei ausgeht. Mißverständnisse sind hier nicht ausgeschlossen. Man hat keine Sicherheit für die Behandlung des Themas. Die Eltern können es sich verbitten, daß ihre Kinder in die Feier befohlen werden. Rebmann sagte, es sei auffallend, daß das Zentrum sich so gegen die Vaterlandspartei wende. Das sind Tempera-

mentssachen. Wir halten es für ein Unglück, daß die Partei überhaupt gegründet wurde, und daß sie diesen Namen erhielt, daß sie in dieser schweren Zeit der Verhandlungen mit Rußland Versammlungen abhält, obwohl Störungen zu befürchten sind. Von Wortführern sind die Mehrheitsparteien wie eine Verräterhorde behandelt worden. Es ist hier schwer gefehlt worden. Man muß doch auch auf Oesterreich Rücksicht nehmen. Glauben Sie, daß ein Fehrenbach das Schlechte für das Reich wollte? Das war das Urteil, daß die Mehrheit die Gründe nicht sagen konnte, die für die Resolution sprachen. Ich würde es für die beste vaterländische Gesinnung halten, wenn man einmal die Agitation unterlassen und Ruhe einkehren ließe. Wir alle wollen das Beste des Vaterlandes, wir wollen aber keine Annexionen, die zu neuen Kriegen führen. Es war eine große Herausforderung, wenn Professor Hoche von der Reichstagsmehrheit sprach als von einer Gesellschaft impotenter Schwätzer, und Spang hat das mit Recht getadelt. Wenn er im Ton etwas weiter ging, ich hätte es anders gemacht, aber wie man in den Wald ruft, so hallt es wider. Aber Rebmann hätte besser getan, wenigstens auch die Aeußerung Hoches zu mißbilligen und nicht allein gegen Spang mit einer Beleidigung vorzugehen. Die staatsbürgerlichen Rechte sollten nicht berührt werden. Man darf nicht grenzenlos erhöhte Anforderungen an die Schule stellen. Die Landwirtschaft braucht die Schüler; im Sommer könnte sie dieselben nicht in die Ganztagsschule schicken. Die bisherige Schule hat sich im großen und ganzen bewährt. Die Herren, die so große Pläne haben, denken nicht an die ungeheueren Lasten, die wir nach dem Kriege zu tragen haben. Unsere letzte Schulreform ist noch nicht ganz durchgeführt. Wir können nicht lauter Fachschulen errichten. Eine allgemeine Bildung muß genügen; das Leben wird dann das übrige dazu tun. So auch die Kenntnis des Fahrplans. Wir müssen vor allem das Niveau unserer Volksschule heben. Neue Schulsysteme brauchen wir dann kaum. An die Jugendpflege werden wir kommen beim Fortbildungsschulgesetze. Soldatenspielerei wollen wir nicht treiben. Was die Unentgeltlichkeit des Unterrichts betrifft, so kann man sie nicht so leichten Herzens herbeiführen. Es soll weitgehend Rücksicht genommen werden auf große Kinderzahl und Talent. Allgemeine Unentgeltlichkeit auch für die Reichen möchte ich nicht. Das würde zur Ueberfüllung der Anstalten führen. Das Schulgeld für die staatlichen Anstalten soll dem der städtischen gleich gestellt werden. Ein Mittelweg muß gefunden werden. Die Folge der Ungleichheit ist, daß viele ohne höhere Erwägung vom Gymnasium wegbleiben und sich der Realschule zuwenden.

Abg. **Büttger** (Soz.): weist auf die Leistungen der Freien Turner im Krieg und freut sich, daß auch sie nun von der Regierung mit gleichem Maß gemessen werden, wie die bürgerlichen. In der Erziehung der Jugend müssen sich teilen Elternhaus und Schule, nach der Schule auch die Vereine. Die Vaterlandspartei würde wirklich vaterländisch handeln, wenn sie in der gegenwärtigen gespannten Zeit ihre Versammlungen und Agitationen unterlassen würde. Ich verurteile auch die Freiburger Professorenunverschämtheit. Wenn Rebmann sagt, daß die Vaterlandspartei auf dem Standpunkt Hertlings stehe, wozu ist sie dann gegründet? Nicht nur Gecks Rede ist in die französische Presse gekommen, sondern auch die jüngste Rede des Staatsministers Frhr. v. Bodman, die im Journal des Debats im Ententesinne ausgebeutet wurde. Wir sehen daraus, wie vorsichtig man sein muß, mit Reden vom Machtfrieden im Sinne der Vaterlandspartei. Die Notlage der Geistlichkeit anerkennen wir und gönnen ihr eine Aufbesserung; aber den Antrag müssen wir ablehnen, weil wir der Meinung sind, daß Kirche und Staat auf eigenen freien Füßen stehen sollen. Die Kirchengemeinden sollen für die Aufbesserung aufkommen.

Kultusminister Dr. **Hübsch**: Den Pforzheimer Fall habe ich als Einzelfall bezeichnet. Meine Voraussetzung hat sich bewährt nach den Erhebungen des Kreisschulamtes. Eine einseitige Beeinflussung der Schüler war nicht beabsichtigt. Ich teile aber die Ansicht Rebmanns und Geibers nicht. Die Sache war eine Entgleisung, die, wenn sie auch gut gemeint war, doch gerügt werden muß. Wegen des Karlsruher Falles bin ich unsanft angelassen worden, weil ich der Meinung Ausdruck gab, daß der Schülerinnenchor nicht zugezogen werden soll. Sachlich handelt es sich um eine Reichsgründungsfeier. Man hat aber einen falschen Weg eingeschlagen. Schon der einführende Artikel der Landeszeitung begann mit den großgedruckten Worten: Vaterlandspartei. Daraus geht hervor, daß es sich um eine Parteiveranstaltung handelt; das ging auch aus der Einladung hervor. Es war ein falscher Schritt der Veranstalter, daß sie die Reichsgründungsfeier in die Form einer Parteiversammlung brachten. Ich glaube, daß Rebmann, wenn die Sozialdemokratie eine solche Feier abhält, sich doch noch überlegt, ehe er seinen Schülerchor schickt. Wenn eine Mißstimmung unter den Schülerinnen und bis in den Schülerangaben entstanden ist, trifft die Schuld die Veranstalter, die einen falschen Weg einschlugen. (Sehr richtig im Zentrum.) Der Abg. Weiß hat Beschwerde geführt, daß Badener an unseren Hochschulen nicht ankommen können, und daß man Beziehungen haben müsse, um Professor zu werden. Die Klage ist nicht neu. Bei Besetzungen sind zunächst maßgebend die Vorschläge der Fakultäten. In dieses Recht will ich nicht eingreifen. Nur dann, wenn mir ein Fall namhaft gemacht wird, wo nicht nach sachlichen Gesichtspunkten ein Vorschlag gemacht wurde. Mit wachsendem Erstaunen habe ich von Weiß gehört: Was haben die Professoren im Kriege getan? Sie haben die Hände nicht müßig in den Schoß gelegt. Eine große Anzahl hat sich im Heeres- und Sanitätsdienst betätigt. Angesichts dieser Zahlen kann ein allgemeiner Vorwurf gegen die Professoren nicht erhoben werden. Er weise auch hin auf die Tätigkeit in der Gefangenenfürsorge, im Roten Kreuz usw. Es ist auch der Name Beherle genannt worden. Die auch von uns hochgeschätzte Kraft wurde nach Bonn berufen; von uns wurde sie nicht zurückgesetzt. Die Ernennung Beherles konnte deshalb für einen bestimmten Lehrstuhl nicht in Frage kommen, weil der Lehrauftrag ein anderer ist, als den Beherle ausfüllen würde. Gegen Professor Hoche vorzugehen, habe ich weder das Recht, noch die Lust. Ich muß ihn aber in Schutz nehmen gegen die beleidigenden Aeußerungen Spangs. (Zustimmung bei den Natl.) Der Vorwurf der Soldatenspielerei trifft die jetzige Einrichtung der Jugendwehr nicht. Die Mittel für die Jugendpflege sind vorerst ausreichend.

Die Aussprache über den Budgettitel ist damit beendet. In persönlichen Bemerkungen erklärt zunächst

Abg. **Spang** (Ztr.) gegen Rebmann, daß er nicht berufen sei zum Sittenrichter, und wenn er seinen Beruf herabsetzen wolle durch seine Bemerkung von den Hörnerträgern und Ringelschwänzen, so bemerke er, daß diese Tiere zurzeit in höherem Kurse stehen und zum Durchhalten mehr beitragen als die ganze Vaterlandspartei.

Abg. **Weiß** (Ztr.) erklärt, er habe den Professoren nicht nachsagen wollen, daß sie ihre militärische Pflicht nicht getan; er wolle auch ihren guten Willen nicht bestreiten, aber dem Volke stehen sie doch viel zu fern. An Professor Beherle habe er gedacht; er ist jetzt schon an der dritten Universität und wurde von seinem Lehrer als der geeignetste Nachfolger für ihn bezeichnet. Da sei es doch merkwürdig, daß er bei uns nicht ankomme.

Abg. **Rebmann** (natl.): Er habe Spang nicht beleidigen wollen.

Abg. **Gerber** (natl.) macht ebenfalls persönliche Bemerkungen.

In der Einzelberatung bemerkt Abg. **Köhler** (Ztr.) zum Titel Hochschulen, er vermisse die im Etat vorgeschriebene Aufstellung über die Vermögensverwaltung der Hochschulen. Tunlichste Sparsamkeit ist hier dringend nötig! Die Forderungen der Professoren sind nicht immer so dringend und sollen streng geprüft werden. Die Steuergroschen kommen nicht aus dem Ueberfluß des Volkes, sondern müssen abgespart werden.

Abg. **Reinhardt** (Ztr.): Am meisten in Anspruch genommen ist die phychiatrische Klinik in Freiburg. Die Wärter haben hier ernste Wünsche bezüglich der Anstellung, die er der Regierung empfehlen möchte.

Dasselbe tut Abg. **Rösch** (Soz.) für Heidelberger Wärter.

Abg. **Röckel** (Ztr.): Zu wünschen wäre, daß die neue provisorische Schulordnung für die humanistischen Mittelschulen auch für die Zeit nach dem Kriege gelten sollte. Bezüglich der Lehrbücher an Realanstalten beschließt die Lehrerkonferenz. Dadurch sind die Bücher im Lande sehr verschieden. Das verursacht auch unnötige Ausgaben namentlich für Eltern mit mehrern Kindern. Hier sollte mehr gespart werden.

Abg. **Herbster** (natl.) äußert sich zur Frage einer Vollrealschule in Schopfheim. Von Konstanz bis Freiburg besteht keine solche. Die Kinder gehen deshalb vielfach nach Basel. Viele Praktikanten werden nach ihrem Kriegsdienst keine Aussicht auf Anstellung haben. Eine Besserung ihrer Lage ist notwendig.

Abg. **Stockinger** (Soz.) tritt für die Wünsche der Städte bezüglich der Lehranstalten ein. Es handelt sich um einen Betrag von über einer Viertelmillion. Die Berechtigung zum Einjährigen hat eine platte Mittelmäßigkeit hervorgerufen.

Die Abgg. **Rösch** (Soz.), **Ringwald** (natl.), **Banschbach** (R. Vgg.) äußern lokale Wünsche bezüglich des Ausbaus von Realschulen in Vollanstalten.

Abg. **Wiedemann** (Ztr.) bittet, die Ersparnisse an den Gehalten der Professoren an Realschulen in den großen Städten, diesen zu überlassen und betont, was die Städte sonst für die Schulen tun.

Abg. **Reinhardt** (Ztr.): Mehr als je ist die Leutenot auf dem Lande zu beklagen. Zu bedauern sei, daß die Kreisschulämter in der Beurlaubung der zwei letzten Jahrgänge nicht gleich vorgehen. Man sollte namentlich im Schwarzwald in möglichst weitem Umfang Beurlaubungen für die Landwirtschaft gewähren.

Abg. **Albiez** (Ztr.) bittet, die Beamten der Kreisschulämter ebenso zu stellen, wie die an Mittelschulen.

Abg. **Geiß** (Soz.) fragt, ob alles geschehen ist, um die Rückberufung der älteren Lehrer in unsere Schule zu erreichen. Der Wert der Volksschule ist jetzt im Kriege am besten zum Ausdruck gekommen. Ziehe man daraus die Lehre auch für die Zukunft im Ausbau der Schulbildung!

Morgen vormittag 9 Uhr Fortsetzung und Etat des Großh. Ministeriums der Justiz und des Auswärtigen.

Schluß nach 1 Uhr.

* * *

::: **Karlsruhe**, 24. Jan. In der Zweiten Kammer hat gestern die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, bei den zuständigen Reichsstellen energisch dafür einzutreten, daß bei der Beratung der abzuschließenden Handelsverträge außer den Vertretern der Landwirtschaft, des Handwerks und Handels auch solche der Konsumenten beigezogen werden. — Ferner sind von Mitgliedern der Zentrumsfraktion drei Interpellationen eingegangen, die erste betr. die Preisunterschiede zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis bei Branntwein und die Ablieferung der Kupferbrennkessel. Die beiden anderen Interpellationen betr. die durch Beschränkung des Tabakrohmaterials hervorgerufene Arbeitseinschränkung der Tabakarbeiterschaft.

Chronik.

Aus Baden.

Heidelberg, 23. Jan. Herr Kurt Fischer, zuletzt an der Magdeburger Zeitung und früher an der Konstanzer Zeitung tätig, hat heute die Hauptschriftleitung der Heidelber Zeitung übernommen.

Stockach, 22. Jan. Die Städte Engen, Stockach, Radolfzell, Pfullendorf und Ueberlingen protestieren gemeinsam gegen die Zerreißung der Bezirkseinteilung, wie sie von Singen in einer Landtags-Eingabe um Errichtung eines Amtsgerichtes in Singen empfohlen wird.

Pfullendorf, 22. Jan. Die Bürgermeisterämter des Bezirks Pfullendorf haben telegraphisch Protest bei den Ständekammern gegen die von Singen beantragte Aufhebung des hiesigen Amtsgerichts erhoben.

Aus anderen deutschen Staaten.

Berlin, 23. Jan. (W.T.B.) Der Reichskanzler hat den Vorsitz des Reichsausschusses für die deutsche Fasereistoffausstellung übernommen.

Lokales.

Karlsruhe, 24. Januar 1918.

♂ **Der Ortsausschuß Karlsruhe der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände** hielt letzten Mittwoch seine erste öffentliche Versammlung ab. Herr Baßler hieß die Abgeordneten Krauth und Odenwald willkommen und gedachte in herzlichen Worten der draußen im Felde Stehenden und derjenigen, die ihr Höchstes für das Vaterland dahingegeben haben. Alsdann führte Herr Schäfer vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband etwa folgendes aus: Die kaufmännischen Angestellten haben bei Kriegsausbruch besonders schwer infolge Gehaltskürzungen und Kündigungen zu leiden gehabt. Leider ist ihnen bis heute dafür kein Entgegenkommen gezeigt worden. Während die Arbeiterschaft infolge ihres Druckes gewaltige Aufbesserungen zu verzeichnen hat, finden die kaufmännischen Angestellten für ihre verhältnismäßig sehr bescheidenen Forderungen wenig Verständnis. Selbst die Kriegsindustrie, die ganz gewaltige Verdienste zu verzeichnen hat, gewährt ihren kaufmännischen Angestellten keine den heutigen Verhältnissen entsprechenden Vergütungen. Die kaufmännischen Vereine und Verbände haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, der heute etwa 600 000 Mitglieder angehören. Der hiesige Ortsausschuß stellt in den Einberufungs- und Schlichtungsausschuß Herrn Baßler vom kaufmännischen Verein Fidelitas, in den Feststellungsausschuß die Herren Schneider und Engelhardt vom D. H. V. Als eine der wichtigsten Aufgaben betrachtete der Ortsausschuß die Regelung der Gehaltsfrage. Es wurde im Dezember an sämtliche hiesigen Firmen eine Denkschrift versandt, in welcher entsprechende Zuschläge zu den Mindestsätzen verlangt werden. Die Behörden wurden ersucht, an Firmen, welche die Mindestgehälter mit entsprechenden Zuschlägen nicht bewilligen, keine Lieferungen zu vergeben. An den Landtag wurde ebenfalls eine entsprechende Eingabe gerichtet. Sehr bedauert wurde es, daß sich der Bund Badischer Detaillistenvereine ablehnend verhält, umsomehr als die Mindestgehälter als sehr angemessen betrachtet werden können und die angeführten Gegengründe als völlig haltlos zu bezeichnen sind. Der Ortsausschuß wird die Gehaltsfrage weiterhin energisch verfechten und wenn nötig in einer größeren öffentlichen Versammlung nochmals eingehend behandeln. Unterm 17. September wurde eine Eingabe betr. Schwerarbeiterzulage an Gr. Ministerium des Innern gerichtet, die jedoch ablehnend beschieden wurde. - Zur durchgehenden Arbeitszeit wurde öfters Stellung genommen. Die badischen Landstände wurden ersucht, dafür einzutreten, daß die Handelsangestellten in der Ersten Kammer einen Sitz erhalten. Sehr bedauert wurde es, daß trotz des Burgfriedens ein heftiger Kampf zwischen den Ortskrankenkassen und den Ersatzkassen tobt. Auch sind gewisse Hände am Werk, um die Reichsversicherung mit der Invalidenversicherung zu verschmelzen. Es wurden die großen Leistungen und Vorzüge der Reichsversicherung ausführlich geschildert. Herr Schäfer führte dann ausführlich die vielen Aufgaben und Wünsche der Verbände an, unter anderem die Entlassung, Stellenvermittlung, Versorgung, Entschädigung der Kriegsteilnehmer. Ferner Regelung des Lehrlingswesens, Privathandelsschulen, Arbeitszeit, Sonntagsruhe usw. Reicher Beifall belohnte die Ausführungen des Redners. Der Vortrag bewies, wie notwendig eine straffe Organisation auch für den unselbständigen Kaufmannsstand notwendig ist. In der Aussprache sagten die Herren Abgeordneten Odenwald und Krauth die Unterstützung der Wünsche seitens ihrer Parteien zu und richteten an die Anwesenden die Mahnung, sich zu organisieren, soweit dies noch nicht geschehen ist, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Herr Baßler schloß die anregend verlaufene Versammlung, welche einen tiefen Eindruck in die derzeitigen, nicht gerade gut zu nennenden Verhältnisse des Handlungsgehilfenstandes bot.

Na. **Erträgnisse der werbenden Anlagen der Stadt.** Die sogenannten werbenden Anlagen der Stadt, das Gaswerk, Wasserwerk und Elektrizitätswerk konnten trotz der erhöhten Betriebsschwierigkeiten auch im abgelaufenen Jahre 1917 ganz ansehnliche Beträge an die Stadthauptkasse abliefern. So betrug die Ablieferung beim Gaswerk einschließlich des Beitrags für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals 900 468 Mk., beim Wasserwerk 814 787 Mk., und beim Elektrizitätswerk 618 665 Mk. Gegenüber dem Voranschlag ergab sich beim Gaswerk ein Mehrbetrag von 90 305 Mk., beim Wasserwerk ein solcher von 112 233 Mk. Nur beim Elektrizitätswerk blieb die Ablieferung um 30 515 Mk. hinter dem Voranschlag zurück. Trotz dieser Mindereinnahme beläuft sich die Mehrablieferung der Werke auf 172 023 Mk. Der Ausfall der 30 515 Mk. beim Elektrizitätswerk ist übrigens keine tatsächliche, sondern nur eine rechnungsmäßige Mindereinnahme. Sie ist nämlich darauf zurückzuführen, daß beim diesjährigen Rechnungsabschluß größere Ausstände noch nicht bezahlt waren. Die Ausstände von Behörden allein beliefen sich auf 103 000 Mk., eine ansehnliche Summe, die bei rechtzeitiger Bezahlung auch die Ablieferung des Elektrizitätswerks günstiger gestaltet hätte. Diese Ausstände werden sich im Rechnungsergebnis des Jahres 1918 günstig fühlbar machen. Die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals bei den drei Werken zusammen beansprucht die Summe von 1 098 651 Mk. Die Barablieferung der drei Werke mit 2 333 921 Mk. ist die größte, die seit Bestehen der Werke an die Stadthauptkasse vollzogen wurde.

:-: **Liederabend des Deutschen Kriegsmännerchors Laon.** Der an der ganzen Westfront bekannte, von Professor Dr. Fritz Stein gegründete Kriegschor hat soeben aauf einer Konzertreise durch die Großstädte Westdeutschlands ganz außerordentliche Erfolge errungen; so sang er in Hannover im ausverkauften Kuppelsaal der Stadthalle vor 4000 Zuhörern, in Düsseldorf in einem Kirchenkonzert und in einem vaterländischen Abend vor jeweils 3000 Hörern und in diesen beiden Städten sowohl, wie in Duisburg, Krefeld, Hildesheim, Köln usw. stellte die musikalische Fachkritik übereinstimmend die geradezu glänzenden, in klanglicher und musikalischer Kultur nicht zu übertreffenden Leistungen des Chores fest. Im benachbarten Heidelberg wirkte der Chor, nachdem er bereits am Sonntag dort ein Kirchenkonzert veranstaltet hatte, am Montag im überfüllten Bachvereinskonzert mit solchem Erfolg mit, daß er für Heidelberg auf Donnerstag, den 24. Januar, einen zweiten, bereits ebenfalls nahezu ausverkauften Liederabend ansetzen mußte. So steht zu erwarten, daß der durch viele hunderte von geistlichen und weltlichen Konzerten in der ganzen Armee populär gewordene Chor auch bei seinem Auftreten in Karlsruhe am Freitag, den 25. Januar, abends halb 8 Uhr im Museum Interesse beim Karlsruher musikfreudigem Publikum finden wird. — Karten zu Mk. 3, 2, 1 sind zu haben in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, und an der Abendkasse.

Politische Nachrichten.

Berlin, 23. Jan. (W.T.B.) Zu Ehren der hier anwesenden türkischen Staatsmänner gab der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Kühlmann ein glänzend verlaufenes Festessen in den Räumen des Hotel Esplanade.

v. Kühlmanns Initiative in der Aalandsfrage.

Stockholm, 21. Jan. (W.T.B.) Zu Staatssekretärs von Kühlmanns Initiative in der Aalandsfrage schreibt Nya Dagligt Allehanda: „Dieser Schritt von deutscher Seite ist, soweit wir sehen können, sehr berechtigt, wie auch von unserer Seite aus ein überaus glücklicher diplomatischer Zug. Seitdem England durch seine Mithilfe bei der Verletzung des Aalandsvertrages und jetzt durch seine Weigerung, die Unabhängigkeit Finnlands anzuerkennen, gezeigt hat, wie sein Interesse für die Freiheit und die Zukunft der an der Ostsee lebenden Völker wirklich beschaffen ist, erscheint es desto bedeutungsvoller, daß die deutschen Staatsmänner als die Unterzeichner des Aalandsvertrages sich ihrer Rechte besinnen, die sie dazu benützen wollen zu verlangen, daß neue Garantien gegen die Befestigung der Inseln geschaffen werden. Staatssekretär v. Kühlmann hat zweifellos recht, wenn er annimmt, daß der Wunsch des schwedischen Volkes dahin gehe, durch friedliche Verhandlung mit den Uferstaaten der Ostsee baldmöglichst eine Lösung der für Schweden so wichtigen Fragen zu erzielen. Das schwedische Volk wird mit großer allgemeiner Befriedigung die Aussicht begrüßen, bei den Verhandlungen über die Aalandsfrage in Brest-Litowsk vertreten zu sein."

Falsche Gerüchte.

Berlin, 24. Jan. (W.T.B.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter der Ueberschrift „Falsche Gerüchte": Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß die im Anschluß an einen Artikel der Deutschen Tageszeitung in der Presse auftretenden Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt des Chefs des Marinekabinetts Admiral v. Müller und des Obersthof- und Hausmarschalls Frhr. von Reischach auf freier Erfindung beruhen.

Kein Zollverein.

Berlin, 24. Jan. Bezüglich der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen teilt der Berliner Lokalanzeiger mit, daß der ursprüngliche Plan, eine Lösung der Frage in Form eines Zollvereins nach dem Vorbilde des früheren deutschen Zollvereins herbeizuführen, nunmehr endgültig aufgegeben worden ist.

Pest, 22. Jan. (W.T.B.) Der Volksernährungsminister Graf Johann Hadik hat sein Entlassungsgesuch gegeben. Der König hat es angenommen.

Das Abkommen Hollands mit den Alliierten.

London, 24. Jan. (W.T.B.) Das Reutersche Büro erfährt bezüglich der Washingtoner Meldung über die Charterung von über 80 in amerikanischen Häfen zurückgehaltenen holländischen Dampfern für die Vereinigten Staaten, daß dieses Abkommen nur einen Modus vivendi bis zu einem allgemeinen Abkommen auf breiterer Grundlage schaffen solle. Dieses Abkommen sei Gegenstand einer langen Beratung in London zwischen Vertretern der Alliierten und der Niederlande gewesen und man hoffe, daß dadurch ein Abkommen zwischen den Alliierten und Holland erreicht werde. Gemäß diesem Abkommen, welches jetzt von den verschiedenen beteiligten Regierungen in Erwägung gezogen werde, würden Holland Lebensmittel, Rohstoffe und andere Waren gesichert werden, die es in den Stand setzen würde, seine wichtigeren Industrien weiter zu führen.

Fleischlose Tage in England.

London, 25. Jan. (W.T.B.) Reuter. Die neuen vom Lebensmittelkontrolleur veröffentlichten Bestimmungen beschränken den Verbrauch von Fleisch, Brot, Zucker und Fett und schreiben auch zwei fleischlose Tage wöchentlich in Hotels und Speisehäusern vor, nämlich Dienstag und Freitag in Mondon, Mittwoch und Freitag in der Provinz.

Madrid, 23. Jan. (W.T.B.) Havas. Amtlich wird bekanntgegeben: Ein Sturm hat die Funkenanlage des geschützten Kreuzers „Carlos Quinto" beschädigt. Eine Sturmflut hat mehrere Kanonenboote, darunter das Kanonenboot „Fernando Cortez" abgetrieben. Die königliche Jacht „Giralda" wurde ebenfalls beschädigt. Das Torpedoboot 16 stieß gegen das Linienschiff „Jaime". Beide Schiffe erlitten Schaden.

Aus den Südtiroler Alpen.

Zürich, 23. Jan. Vom italienischen Kriegsschauplatz melden die Blätter, daß in den Südtiroler Alpen furchtbarer Wintersturm herrscht. Auf den Bergen ereigneten sich Schneeverwehungen und gefährliche Abbrüche von Schneefeldern.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 28. Jan. (W.T.B.) Amtlich wird verlautbart:

Die Lage ist unverändert.

Der Chef des Generalstabs.

Auswärtige Gestorbene.

(Anmeldungen von auswärts erscheinen unter dieser Rubrik gratis.)

Baden (Lichtental): Valentin Huck, 80 J. ✱ Schmelzenhof (bei Billigheim): Wilhelm Geiger, 49 J. ✱ Allensbach: Philipp Humburger, Privat, 78 J. ✱ Konstanz: Frau Luise Zamponi geb. Ehle, 64 J. ✱ Memprechtshofen: Frau Magdalena Weiß geb. Hänsel (z. „Grünen Baum), 70 J. ✱ Mannheim: Richard Jakob Ferber, Konditor; Heinrich Schwab, Schneidermeister, 68¾ J.; Benedikt Knapp, 88 J.; Frau Anna Zollikofer. ✱ Bruchsal: Frau Barbara Hoffmann geb. Duttenhofer, 57 J. ✱ Rastatt: Vinzens Knapp, Weichenwärter, 38 J. ✱ Gaggenau: Heinrich Schmitt, Beamter bei der Firma Th. Bergmann. ✱ St. Georgen (bei Freiburg): Karl Josef Liebherr, Privat, 89 J. ✱ Freiburg (Zähringen): Leopold Steigert, Bahnwart a. D., 86 J. ✱ Lahr: Maria Theuner, Witwe, geb. Sickinger, 86 J. ✱ Haslach i. K.: Wilhelm Haiß, Privatier, 81 J. ✱ Appenweier: Frau Hermann Koch, Witwe, Berta geb. Sieb, 68 J. ✱ Messelhausen: Barbara Zehnter, Alt-Kronenwirtin, 70 J. ✱ Oberkirnach: Ludwig Bächler, Hofbesitzer, 60 J.

Handelsteil.

::: **Vom badischen Tabakmarkt.**

Die bis jetzt hereingekommenen Gundi-, Hardt-, Neckartaler und Oberländer Tabake befriedigen lt. Südd. Tabakztg. hinsichtlich der Qualität. Die in der Fermentation befindlichen Rehate, Sandblätter und Tabake machen sich gut. Die Empfangsschwierigkeiten sind wegen Mangels an Wagen noch nicht behoben.

Wertpapiere.

Berlin, 23. Jan. (W.T.B.) Börsenstimmungsbild. Blieb auch das Geschäft an der Börse infolge der anhaltenden Zurückhaltung nach wie vor äußerst gering, so war doch ein fester Grundton unverkennbar, der im Verlaufe etwas deutlicher zum Ausdruck kam. Anfangs waren, und dies besonders auf dem Schiffahrtsmarkte, leichte Rückgänge in der Mehrzahl, die aber später zum Teil wieder ausgeglichen wurden. Auch Petroleumaktien waren gebessert. Bei Elberfelder Farben ist ein kursmäßiger Abschlag von 188 Prozent für das Bezugsrecht zu beachten. Am Rentenmarkt hat sich nichts wesentliches ereignet.

Luftwärme in Karlsruhe.

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station).

23. Jan. mittags 2.26 Uhr 11,3 Grad, nachts 9.26 Uhr 10,1 Grad; 24. Jan. morgens 7.26 Uhr 7,8 Grad.

Höchste Temperatur am 23. Januar 11,9 Grad; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 7,7 Grad.

Niederschlagsmenge, gemessen am 24. Januar 7.26 Uhr früh 0,3 Millimeter.

Wasserstand des Rheins am 24. Januar früh:

Schusterinsel 170, gefallen 10. Kehl 276, gefallen 16 Maxau 462, gefallen 19. Mannheim 420, gefallen 32.

Voraussichtliche Witterung am 25. Januar: Heiter oder neblig, etwas kälter.